

**Rede  
des stellv. Fraktionsvorsitzenden**

**Detlef Tanke, MdL**

zu TOP Nr. 4

**Gesetz zur institutionellen Stärkung und  
Weiterentwicklung des Zweckverbandes  
„Großraum Braunschweig“**

gehalten während der Plenarsitzung vom 08.03.2015  
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! SPD, Grüne und FDP legen heute einen Vorschlag vor, um die jahrzehntelange Debatte in der Region Braunschweig über Veränderungen zu bündeln. An Vorschlägen hat es in dieser Zeit nicht gemangelt.

Es gehört seit Jahren zum Selbstverständnis fast jeden wichtigen Akteurs in der Region, seinen Vorschlag zur Stärkung der Region in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Dabei stand häufig die Selbstprofilierung im disproportionalen Verhältnis zu dem Gedanken der möglichen Umsetzung. Das, meine Damen und Herren, ist der Unterschied zu dem heutigen Gesetzentwurf, weil sich drei Fraktionen auf diesen kleinsten gemeinsamen Nenner in der Region geeinigt haben. Klar werden wir jetzt hören: Das ist zu wenig auf dem Weg zur Region. Andere werden sagen: Das geht viel zu weit. - Aber ich glaube, dass solche Diskussionen um Verwaltungsstrukturen so alt sind wie die Organisation kommunaler Aufgabenerledigung.

Die Muster dieser Debatten sind häufig ähnlich. Trotz jahrelanger Diskussion zu diesem Thema sprechen Kritiker dann von einem Schnellschuss oder beklagen Veränderungen, die überhaupt nicht geplant sind. Deswegen sind Veränderungen generell schwierig. Das wissen alle Landtagskolleginnen und -kollegen hier im Haus, weil es immer wieder auch Protagonisten gibt, die sich gegen Vorschläge stellen. Auch hier im Landtag gingen die Vorstellungen darüber, was wo und wie in Niedersachsen zu tun ist, quer durch alle Fraktionen auseinander. Macht man eine Enquetekommission für Teilregionen? Macht man eine Enquetekommission für ganz Niedersachsen, oder macht man überhaupt keine Enquetekommission?

Meine Damen und Herren, wir lassen diese Diskussion heute hinter uns; denn wir wollen ein Stück in der Frage von Verwaltungs- und Aufgabengliederung vorankommen. Deswegen legen wir heute diesen Vorschlag vor.

Wie Sie wissen - das will ich nicht zu unbescheiden sagen -, fällt bei solchen Diskussionsprozessen im Raum Braunschweig natürlich der SPD als stärkster Kraft eine besondere Rolle zu.

Deswegen haben wir als SPD im Bezirk Braunschweig mindestens seit 2009 im Zweijahresrhythmus auf jedem Parteitag beschlossen, die Region zu stärken. Wir haben aber dann nicht nur geredet, sondern haben auch gesellschaftliche

Bündnisse angestrebt. Deswegen kam es dazu, die einzige regionale Klammer zu stärken, die es im Großraum Braunschweig gibt, nämlich den Zweckverband. Das hat dazu geführt, dass der Zweckverband eine entsprechende Beschlussfassung im Mai letzten Jahres vorgenommen hat.

Ich darf an dieser Stelle ganz herzlich auch unseren Verbandsdirektor Hennig Brandes und die erste Verbandsrätin Manuela Hahn begrüßen. Herzlich willkommen heute im Landtag.

Wir haben im Beschluss eine Menge Vorschläge gemacht. Dies geschah übrigens nahezu einstimmig mit allen Vertretern in der Verbandsversammlung im Mai letzten Jahres. Wir haben dort z. B. noch gefordert, die Genehmigung von Flächennutzungsplänen dem Zweckverband zu übertragen. Das ist im Gesetzentwurf nicht enthalten. Fragen der Gesamtmobilität und der Wirtschaftsförderung sind beschlossen worden. Sogar die Trägerschaft der berufsbildenden Schulen ist im Beschluss des Zweckverbandes einstimmig gefordert worden. Das ist auch etwas, was heute nicht im Gesetzentwurf steht. Möglichkeiten zur weiteren Aufgabenübertragung sind gefordert worden. Das ist im Gesetzentwurf jetzt entsprechend geregelt worden.

Ganz besonders wichtig ist mir noch, dass in den Beschlüssen und den Empfehlungen, die aus dem Zweckverband an den Landtag gegangen sind, bei entsprechender Aufgabenfülle auch eine Direktwahl für das Jahr 2020 vorgeschlagen worden ist.

Das fällt alles nicht vom Himmel, sondern wir haben uns bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs natürlich auch an diesen Empfehlungen des Zweckverbandes orientiert. In diesen Empfehlungen des Zweckverbandes wird eine Direktwahl vorgeschlagen. Es wird vorgeschlagen, sie ab 2021, also ab der übernächsten Wahlperiode, einzurichten. Damit haben wir auch etwas gemacht, was im Bogumil-Gutachten als einer der zentralen Kritikpunkte an der Region genannt worden ist. „Dualität der Akteure“ hat Herr Prof. Bogumil das genannt. Die Akteure in Braunschweig sprechen mehr übereinander als miteinander. Deswegen wollen wir einen Verbandsrat einführen, in dem sozusagen der Dialog der regionalen Akteure institutionalisiert ist. Das ist ein wichtiger Fortschritt für die Region

Braunschweig und eine Möglichkeit, gegenseitiges Vertrauen stärker wachsen zu lassen.

Wir haben mit dem Gesetzentwurf neben den bisherigen Aufgaben der regionalen Raumordnung und des öffentlichen Personennahverkehrs vor, die Aufgabe des ÖPNV zur Gesamtmobilität zu entwickeln. Wir wollen besonders bedeutsame Gewerbegebietsflächen regional koordinieren - wer genau liest, kann das in dem Text finden -, ohne dabei die gemeindliche Zuständigkeit einzuschränken. Wir wollen, dass die Standorte und Bildungsangebote berufsbildender Schulen koordiniert werden und dass für touristische Konzepte auch der Zweckverband Pläne erstellen kann. Wir wollen das Regionalmarketing bei dem zukünftig zu benennenden Regionalverband ansiedeln. Hochwasserschutzpläne sollen zukünftig in diese Aufgabenveränderung einbezogen sein.

Alles in allem, meine Damen und Herren, ist das aus unserer Sicht eine maßvolle Stärkung der Region. Ich danke allen an den Debatten und an den konstruktiven Vorarbeiten zwischen den Fraktionen Beteiligten. Ich darf namentlich Herrn Heere, Herrn Försterling und auch Herr Oesterhelweg nennen. In unseren Vorgesprächen sind viele, viele Punkte gemeinsam erarbeitet worden. Ich hoffe, es wird am Ende der Debatte möglich sein, dass alle Fraktionen gemeinsam ein Gesetz beschließen.

Wir, die drei Fraktionen, die diesen Gesetzentwurf vorgelegt haben, wollen heute die jahrzehntelange Debatte in der Region Braunschweig darüber, was man macht, zu Ende führen. Wir glauben, dass es nach diesen Jahren der Diskussionen, die zu keinem Ziel geführt haben, damit aufhören muss, immer Vorschläge zu entwickeln und zu sagen, was nicht geht, sondern dass gesagt werden muss, was geht. Das, was geht, haben wir heute vorgelegt.

Ich freue mich auf die Diskussion und auf konkrete Alternativvorschläge. Ich bitte darum, dass konkrete Alternativvorschläge Antworten auf die Fragen geben, die viele in der Region stellen - Wie kann man die Region stärken? Wie kann man die regionale Zusammenarbeit stärken? Wie können wir das bewerkstelligen? -, wie es alle hier im Hause sagen, wie es der ZGB sagt, wie es alle Akteure in der Region, auch jenseits der Politik, immer sagen. Ich darf Ihnen auf jeden Fall versichern: Wir sind bereit, mit solchen Vorschlägen in der Debatte konstruktiv

umzugehen. Ich hoffe, wie gesagt, darauf, dass wir am Ende zu gemeinsamen Lösungen und zu einem gemeinsamen Gesetzentwurf kommen, der die Region Braunschweig entsprechend stärkt.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.